

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsverzeichnisse Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Baustellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Beile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wieg.

Druck von G. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktionschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nilolaitzstraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss 3002

Redaktionsschluss betreffend.

Infolge der hohen Auflage unseres Verbandsorgans und mit Rücksicht auf die gegenwärtig schlechten Transportverhältnisse ist es notwendig geworden, mit dem Verband des „Proletariats“ früher als früher zu beginnen, damit er zeitig in die Hände der Empfänger kommt. Aus diesem Grunde muß auch mit dem Druck früher begonnen werden, woraus sich wieder die Notwendigkeit ergibt, bereits Sonnabend mittags 12 Uhr Redaktionsschluss einzutreten zu lassen, also nicht mehr, wie früher, Montags. Die Einsender wollen das beachten.

Die Redaktion.

Sind gewerkschaftliche Organisationen notwendig?

Der Drückeberger, der solidarischen Empfinden und Handeln aus eigener Betätigung nicht kennt, wird die in der Ueberschrift unseres Aufsatzes gestellte Frage ohne Besinnen verneinen. Auch der Ignorant wirklichen Lebens, der sein Proletariatelend im Alkohol zu erkaufen sucht und sich in der Alkoholarose glücklich fühlt, hält Organisationen für absolut überflüssig. Bei beiden genannten Kategorien mag vorwiegend ein moralischer Defekt die Schuld der Verneinung sein. Ebenso gut kann aber der Grund zu ihrem unsolidarischen Verhalten auf geistigem Gebiet liegen, d. h. sie können auf Grund der Unmöglichkeit, logisch zu denken, zu keinem klaren Urteil kommen. Wieder andre sind der Meinung, die gewerkschaftliche Kampfesart führe zur Verjüngung. Ihnen geht es zu langsam, sie wollen stürmend ans Ziel gelangen. Ihre Taktik kennt keine Berücksichtigung des Gegebenen, sie stehen deshalb auf anarchisierendem Boden. Da sie Unterordnung unter die Interessen der Gesamtheit nicht wollen, verwerfen sie Zentralorganisationen in der irrtümlichen Auffassung, durch lokale Organisationen jederzeit günstige Situationen besser ausnützen zu können. Zum letzten Male in den Jahren 1906 und 1907 sind von den Anarchisten Versuche unternommen worden, den Sozialorganisationen Geltung zu verschaffen, aber ohne Erfolg. Ein ehrenbes Zeugnis für die Intelligenz der großen Masse der deutschen Arbeiterklasse. Immerhin, die Anarchisten resp. Lokalisten lehnen nicht die Organisation als solche ab, sondern die Zentralorganisation. Lediglich die föderative Grundlage haben sie anerkannt, ein Zugeständnis an die harten Tatsachen der Wirklichkeit.

Nun gibt es aber heute erfahrene Gewerkschafter, die der Meinung sind, die Gewerkschaften könnten abtreten, sie hätten ihre Aufgaben bereits erfüllt. Das ist aber keineswegs der Fall. Oder glaubt etwa jemand, in Zukunft gäbe es Streiks und Ausperrungen nicht mehr? Gewiß, wir haben heute den Achtstundentag. Aber damit haben sich doch nicht die Aufgaben der Gewerkschaften erschöpft. Weder die freibeitlichste Regierung noch das freibeitlichste Parlament ist imstande, durch Gesetze oder Verordnungen die gewerkschaftlichen Bestrebungen Wirklichkeit werden zu lassen, so lange die Bergesellschaftlichung der gesamten Produktion nicht möglich ist, und das ist sie heute und in absehbarer Zeit noch nicht. Die Übernahme einiger Industriezweige in Staatsbetrieb ist in ihren Anfängen vorhanden, aber sie ist noch keine Bergesellschaftlichung, wenn sie auch die Keime dafür in sich birgt. Auch in den verstaatlichten Betrieben werden gewerkschaftliche Organisationen noch notwendig sein. Es ist einer Regierung gar nicht möglich, die Arbeitsbedingungen in allen Details bestimmen und festsetzen zu können. Die Arbeiterschaft kann eine einseitige Pflege gar nicht wünschen; sie muß als mitbestimmender Faktor vorhanden sein, genau wie in den heutigen Konsumgenossenschaften. Das ist aber nur möglich durch Zusammenfassung des Gesamtwillens der betreffenden Arbeiterschaft zu einer Einheit. Der einzelne ist immer noch einflusslos und es kann auch zu nichts Gutem führen, wenn jeder von sich auf eigene Faust operieren wollte. Nun könnte vielleicht eingeworfen werden, es müssen auf dem Wege der Gesetzgebung Institutionen geschaffen werden zur Regelung aller die Arbeiter betreffenden Fragen wie Lohnhöhe, Arbeiterschutz usw. Gewiß, das könnte geschehen. Aber die Gewerkschaften können dadurch keineswegs ersetzt werden, wie durch Arbeitervereine neuen Stils, Arbeiterkammern, Arbeiterräte, Einigungsämter, Schiedsgerichte, Arbeitsgemeinschaften usw. wären Institutionen ohne lebendigen Geist, weil der richtunggebende Einheitswille fehlen würde. Eine gelegentliche Zusammenkunft der Arbeiterschaft zur Besprechung irgendwelcher Fragen wäre gewiß auch ohne Gewerkschaften möglich, aber es fehlt doch die gewerkschaftliche Schulung, die Schärfung des Blicks für das Ganze und vor allem es fehlt die solidarische Geist, der nicht ersetzt werden kann durch Abstimmung mit Gewerkschaften und Handgranaten. Gewiß kann und wird in Zukunft die Gesetzgebung den Forderungen der Arbeiterschaft mehr gerecht werden als vor der Revolution. Aber vergessen wir nicht, daß die Sozialdemokratie im Reichstag noch über keine Mehrheit verfügt, daß auch noch andere recht lebendige Parteien vorhanden sind, die die Interessen der hinter ihnen stehenden Wählermassen zu vertreten haben. Die Regierung ist gezwungen, den in ihr wirkenden Kräften gerecht zu werden, auf Ausgleich hinzuwirken. Wenn sie auch stark sozialistisch durchdringt ist, kann sie doch nicht ausschließlich sozialdemokratische Grundzüge zur Durchführung bringen. Dazu ist der wirtschaftliche Umbildungsprozess im Staatswesen

noch nicht genügend weit fortgeschritten. Wir können uns auch nicht dem Einfluß der kapitalistischen Auslandsstaaten ganz entziehen, denn wir sind auf den Verkehr mit den Völkern der Erde angewiesen. Unsere Vertreter in der Regierung und im Parlament sind gezwungen, im Innern den anderen Parteien resp. Gesellschaftsklassen sowohl als auch den Auslandsstaaten in manchen Fragen Konzessionen zu machen.

Die Arbeiterschaft muß also zunächst ihre Interessenvertretung zum großen Teil noch selbst in der Hand behalten und das kann sie nur durch geschlossene, festgesetzte Organisationen. So wird die Frage des Lohn- und Bauens in absehbarer Zeit eine wichtige Rolle spielen. Bei den Unternehmern wird sich ohne Zweifel das Bestreben geltend machen, die Löhne rascher abzubauen als die Lebensmittelpreise sinken. Da werden die Gewerkschaften hemmend und regulierend eingreifen müssen. Durch Gesetz kann wohl ein Existenzminimum geschaffen werden, aber es können in den vielgestaltigen Industriezweigen nicht die Löhne selbst festgesetzt werden. Das muß Sache der organisierten Arbeiterschaft bleiben. Eine wirksame Kontrolle über die Einhaltung der Arbeitszeit kann gleichfalls nur durch die Arbeiterschaft selbst geschehen. Das selbe gilt für die Ausmerzung der Ueberstundenarbeit, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Wenn auch die Anstellung von Gewerbeberatern zur Ueberwachung der Betriebe in absehbarer Zeit Wirklichkeit werden wird, die Durchführung der Arbeiterschutzvorschriften kann nur völlig erreicht werden unter tätiger Mithilfe der gewerkschaftlichen Organisationen. Die Fragen der Akkord- und Lohnarbeit, des Prämien systems, des Taylor systems, der Gewinnbeteiligung sind bis jetzt noch ungeklärt. Wären die Gewerkschaften noch nicht vorhanden, sie müßten geschaffen werden zur gründlichen Durchsicherung dieser Probleme, um sie dann zu lösen zu können, wie es im Interesse der Arbeiterschaft liegt.

Aus alledem ergibt sich, daß die Gewerkschaften ihre Aufgaben noch nicht endgültig gelöst haben. Das wird erst dann der Fall sein, wenn der Entwicklungsprozess auf wirtschaftlichem und damit auch auf politischem Gebiet so weit fortgeschritten ist, daß der überwiegende Teil unserer Produktion sich in staatlichen Händen befindet. Dann wird aber auch die Gesellschaft — an Stelle des Staates — die Produktion leiten, die Bergesellschaftlichung tritt an die Stelle der Verstaatlichung. Die Gesamtheit produziert für die Gesamtheit, d. h. für sich selbst. Die Klassengegensätze verschwinden, sie haben sich ausgeglichen. Dann kann, von keinen entgegengelegten Interessen mehr gehemmt, eine weitere Regulierung der Arbeitszeit entsprechend dem feststehenden Produktionsbedarf erfolgen. Den Anteil des einzelnen am Ertrag festzusetzen, ist dann nicht mehr schwierig, da ja die Regierung nunmehr das ausführende Organ der Gemeinschaft ist, die politische und wirtschaftliche Differenzen nicht mehr in sich birgt. Wie lange der Entwicklungsprozess noch andauern wird, bis der gewünschte Zustand erreicht ist, kann natürlich niemand sagen. Nur das steht fest: Künstlich, d. h. auf dem Verordnungswege, läßt er sich nicht herbeiführen, dazu sind die lebendig wirkenden Widerstände noch viel zu groß. Er ist erst recht nicht zu erreichen durch Anwendung von Gewaltmitteln, denn das Ergebnis wäre ein Trümmerhaufen und ein Zurückfallen in die Barbarei, in die Zeit der Existenzkämpfe der rohesten Form.

Indem wir auf gewerkschaftlichem Gebiete weiter arbeiten, wie wir es gehohnt sind, bauen wir das wohlthätige Gebäude für alle, wie es oben kurz gezeichnet wurde. Wenn dieses Gebäude fertig ist, dann haben wir als Gewerkschafter unsere Aufgabe erfüllt. Der Bau wird um so eher fertig werden, je mehr Arbeiter dabei behilflich sind, woraus folgt: Immer noch weiteren Ausbaun unserer Organisation im Interesse der Arbeiterklasse.

„Staatkapitalismus.“

Die tiefe Verschuldung, in welche die Staaten durch den Krieg gerieten, ist auf die gewöhnliche Weise, durch Erhebung neuer oder erhöhter Steuern, nicht zu beseitigen; das wird so gut wie allgemein anerkannt, aber schwer ist es, einen Weg zum Ziele zu finden und dabei zu vermeiden, daß den Volkswirtschaften noch größere Schäden anferlegt werden als die, welche sie schon schon zu tragen haben. In jenem an Anregungen reifen anerkanntem Buch „Staatsozialismus oder Staatkapitalismus“ enthält der bekannte sozialistische Theoretiker Dr. Rudolf Goldscheid die Lösung des Staatsschuldenproblems dadurch zu erzielen, daß der Staat von einem Staatskapital in einem Wirtschaftskreislauf verwandelt wird, womit zugleich auch der Weg zum Sozialismus eingeschlagen würde. Die sich Goldscheid diesen Entwicklungsgang des näheren vorstellt, muß man in keinem Augenblicke selbst nachlesen, das ist geschrieben ist, daß es jeder verstehen kann, der halbwegs mit wirtschaftspolitischen Problemen vertraut ist. Hier sollen nur einige Gedankengänge daraus hervorgehoben werden.

Die ungeheurer gewachsene Schuldenlast des Staates ist nur so weit ein wirtschaftliches Uebel, als sie einer nationalen Besitz-

verringering gleichkommt, einer Verfübrung von Werten durch den Krieg. Eine solche hat aber gerade in Deutschland und Oesterreich nicht in bedeutendem Maße stattgefunden, da der Krieg vorwiegend außerhalb der Grenzen unserer Länder geführt wurde. Ob eine Abgabe von Nationalvermögen durch die Friedensbedingungen festgelegt werden wird, ist bisher noch nicht gewiß. Davon abgesehen, handelt es sich bei den Staatsschulden vorwiegend um bloße Besitzverschiebung. In dieser Gestalt ist die Verschuldung des Staates kein wirtschaftliches, sondern nur ein sittliches Uebel, und deshalb wäre nichts richtiger als zu bestreben, man würde an einem demartigen scheinbaren Uebel umgründe gehen müssen. Damit, daß die Staaten gegen früher erdrückend größere Schuldenverpflichtungen auf sich nahmen, ist das in ihren Grenzen vorhandene Vermögen, das man gewöhnlich „Nationalvermögen“ nennt, nicht verringert worden, es hat sich nur in den Händen derer angehäuft, welchen die glückliche Rolle des Gläubigers zufällt. Was der Staat als Schuld bedrückt, „steht im Privateigentum des einzelnen passives Kapital dar, so daß, wie hart auch immer die Verarmung des Staates die breiten Massen des Volkes treffen mag, doch die Verschuldung des Staates diejenigen, bei denen dessen Schuldschritte sich ansammeln, wesentlich reicher gemacht hat, als sie vordem gewesen“. Die Verschuldung des Staates macht ihn den Gläubigern — den privaten Kapitalisten — zahlungspflichtig. Soll dadurch nicht die Kapitalanhäufung in den Händen einer kleinen bestehenden Minderheit und die Abhängigkeit des Staates von diesen Leuten stark gesteigert werden, so muß Entschuldung angestrebt werden. Diese wird am zweckmäßigsten erreicht, wenn der Staat mindestens ebensoviel neues, passives Kapital ansammelt, als ihm Schulden zugewachsen sind. „Der Staat muß zum mindesten so viel nationales Privateigentum in seinen Besitz überzuführen trachten, als für vollwertige materielle Bedeckung seiner Schuldenlast erforderlich ist.“

Die Verteilung des Besitzes zwischen Staat und Privaten ist „von weitestreichendem Einfluß auf die Stellung des Staates in der Gesellschaft, wie auf das Machtverhältnis zwischen Staat und Privatwirtschaft. Es ist sicherlich die paradoxeste Erscheinung, daß wir innerhalb des Bestehenden konstatieren müssen, daß ungeheure Verarmung des Staates möglich ist bei gleichzeitiger tiefenreicher Bereicherung einzelner seiner Bürger. Dieser widersprechende Widerspruch wird durch die enorme Verschuldung des Staates — die dieser Krieg ebenso im Gefolge hat wie tiefgreifende Proletarisierung der Massen — in einem Maße gesteigert, daß nun die Unnatürlichkeit dieser Verhältnisse, die auch vor dem Krieg schon bestanden, wie durch ein Vergrößerungsglas bis ins feinste Detail sichtbar wird.“ Deshalb ist es auch richtig, die Summe des Vermögens der Privatpersonen als „Nationalvermögen“ zu bezeichnen. Die Nationalverschuldung ist dagegen beträchtlich; was dieser Begriff zum Ausdruck bringt, ist wirklich Volksschuld. Ihr gegenüber gilt es, ein entsprechendes Volkvermögen zu schaffen. Der Staat muß vom bedrückten Schuldenträger zum mächtigsten Besitzer von Kapital aufsteigen. „Nur so“, sagt Goldscheid, „erwirbt er die Kraft, zu verhindern, daß die ganze Nation in zwei Gruppen von Gläubigern und Schuldneren zerfallen wird, die einander wie zwei feindliche Heerlager gegenüberstehen und zwischen denen er obendrein die Vermittlerrolle nicht zu übernehmen vermag, weil er selbst, sowohl als Gläubiger wie als Schuldner, so lange für das Privateigentum gegen das Volk Partei ergreifen muß, als jenes (das Privateigentum) gleichsam den Zwischenschwamm zwischen Staat und Volk abgibt, aus dessen Händen er das empfängt, was er zur Erfüllung seiner Pflichten braucht.“ Von dem Maße, in welchem der Staat als Kapitalist Macht über den Privateigentumsbesitzer gewinnt, hängt die gedächliche Entwicklung der Zukunft ab. Künstlich muß ein Gleichgewicht zwischen Staatsschulden und Staatsvermögen angestrebt werden, hat wir bisher zur Schuldendeckung die Einkommens- und Verbrauchssteuern zu erhöhen. Solche Besteuerungsmaßnahmen haben eine sozial ungünstige Wirkung. Will man damit nicht die volkswirtschaftliche Unfähigkeit des privaten Kapitals erhöhen, so muß ihre Abgabe auf eine Höhe von Jahren verteilt werden, was aber notwendig zur Folge hätte, daß die auf dem Wege fortgesetzt steigender Erwerbskraft wieder auf die Massen abgewälzt werden.“ Wenn jedoch durch Abgabe eines Teils des der Warenproduktion usw. dem Staat Kapital von dem Staat in Besitzern an den Staat dieser in einen Wirtschaftskreislauf umgewandelt wird, so erhält der Staatsschulden die feste Grundlage, die er braucht. Geldigkeit ist der Wahrung, es werde den Kapitalisten nicht möglich sein, sich für die Abgabe an den Staat bei der Veräußerung auf irgendeine Weise loszumachen.

Die Ueberwindung von vorstehendem Einkommen (Schulden) durch den Staat stellt sich Goldscheid so vor, daß jeder bürgerliche ein Teil seines Vermögens in Staatsanleihen zu investieren hat. Man erwägt sich, das bei Ueberwälzung. Der Staat würde ein Drittel ihrer Mächtigkeiten in Besitz nehmen und damit Anrecht auf ein Drittel ihres Einkommens gewinnen. Alledies hätte er an die Vertriebssteuer, die Kapital der Arbeitbedingungen usw. einen mächtigen Einfluß gewonnen. Wird der Staat demokratisch geleitet, so kann dieser Einfluß nur zugunsten der Volkswirtschaft ausüben. Da es läge noch, daß der Staat durch seine Beteiligung an der Volkswirtschaft zum Preisregulator wie vor-

*) Verlag von Decker und Sohn in Wien, XVIII n. 186 S. Preis 6 Mk.

Leistungsregulator werden würde, und zwar zum Besten der Produktion...

Goldscheid schlägt auch vor, der Staat solle allen Unternehmungen gegenüber das Recht auf künftige Zwangsenteignung haben...

Es liegt wie sich Goldscheid die Verhütung des Wiederbringens der Kapitalabgabe an den Staat vorstellt, ist sie gewiß nicht...

Gegenüber dem Einwand, daß bisher die wirtschaftlichen Unternehmungen der Staaten immer mehr oder minder große Beschäftigte bedienten, schreibt Goldscheid: „Haben schon irgendwo demokratisch organisierte, von vorgeführtem ökonomischen Geist erfüllte Gemeinwesen Eigenwirtschaft im großen Stile betrieben...“

Goldscheid ist der Ansicht, daß dem Staat künftighin eine noch weitläufigere Stellung in der Gesellschaft zukommen muß als bis jetzt, und daß mit der Ausbreitung des Reiches seiner Aufgaben sein Geldbedarf stets steigen wird...

Geisteszwang oder Aufklärung?

Einseitig kann bei einer Revolution die Anwendung von Gewalt und bei der Ausgestaltung der neuen Verhältnisse die Anwendung von Zwangsmaßnahmen nicht entbehrt werden...

Während nun jede Gewalt durch ein höheres Recht abgelehnt werden, und jeder Zwang hat seine Grenzen, ist er nicht das Gegenteil von dem, was damit bestritten wird...

lediglich Unheil an und bestärken die Andersgeimmten in ihrer Ueberzeugung. Darum bewirkt ein Sozialdemokrat, der Menschen- und Seelenkennner ist...

Ebenso verhält es sich auch mit dem Zwang in seelischen Dingen. Wo es sich um Gefühle, Neigungen oder Stimmungen handelt, muß die Freiheit walten...

So sehr man als Sozialist wünscht, daß sich eine Sozialisierung der Köpfe und Herzen möglichst schnell vollzieht, weil ohne sie eine Sozialisierung unfrei wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens unmöglich ist...

Unsre nächsten Aufgaben.

Zu diesem Thema schreibt ein Kollege: Die Revolution, die den Arbeitern die völlige Vereins- und Versammlungsfreiheit, das Recht der unbeschränkten Meinungsäußerung gewährt, das Gefühl der Abhängigkeit vom Arbeitgeber beseitigt...

ein Damm entgegengesetzt werden. Eine intensive Aufklärungsarbeit muß auf der ganzen Linie einsetzen. Eine leichte Aufgabe wird es nicht sein, den Draufgängern begreiflich zu machen, daß die von uns erstrebten Ziele nur dann zu erreichen sind...

Sturmerprobt durch die Kämpfe der Vergangenheit, wird sich die Organisation auch in der Uebergangszeit und im neuen Zeitalter bewähren.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Die Gewerkschafts-Internationale ist nicht tot. Sie ist am 6. Februar in Bern zusammengetreten unter Beteiligung der Vertreter folgender Länder: Deutschland, Deutsch-Österreich, Ungarn, Böhmen, Frankreich, Griechenland, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark, Kanada, Italien und England...

„War schon vor dem Kriege der Bestand einer starken und geistigen internationalen Gewerkschaftsbewegung eine der wichtigsten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse aller Länder, so ist deren unbedingte Notwendigkeit für die Zukunft noch mehr gegeben.“

Zur Frage des Arbeiterschutzes hat die Kommission für internationale Arbeiterschutzesetzgebung Stellung genommen. Sie legte der Konferenz eine Proklamation an die Arbeiter aller Länder vor, die einstimmig angenommen wurde.

Die in Bern am 3. Februar und den folgenden Tagen vereinigte Gewerkschafts-Internationale stellt folgende Grundzüge auf: Das neue Gezeß hofft, die Arbeit von ihrem sozialen und rechtlichen Mangel zu befreien, um der Arbeiterwelt ihre Rechte auf Leben und Entwicklung zu geben...

Die Gewerkschaftskonferenz stellt fest, daß die unterbrochene Wirksamkeit der internationalen Arbeiterschutzesetzgebung nur durch die Schaffung eines internationalen Arbeitsrats als Befehlshaber der Völkerliga gesichert werden kann...

Wir freuen uns, daß die Gewerkschaftsinternationale ohne Bitterkeit wieder angefangen hat, zu funktionieren. Ihre Befragen hätte gerade jetzt nach dem Kriege der Arbeiterschaft schwerere Bunden schlagen müssen...

Die internationale Sozialistenkonferenz.

Die vom 3. bis 10. Februar in Bern tonte, hat sich auch mit der Arbeiterschutzesetzgebung befaßt. In einer Resolution heißt es, daß die kapitalistische Klasse durch Ausbeutung der Lohnarbeiter ihr Einkommen erhöht, und die Kraft der Arbeiter damit schwächt...

nationalen Arbeiterschutzes durch ein internationales Gesetz gegeben werden. Der internationale Sozialistenkongress verlangt, daß die Gewerkschaft der Nationen die Schaffung und Durchführung eines internationalen Arbeiterschutzes zu ihrer Aufgabe macht. Der Kongress fordert u. a.:

- 1. Kindern unter 15 Jahren ist jede Erwerbstätigkeit zu verbieten.
2. Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren dürfen nicht länger als 6 Stunden beschäftigt werden.
3. Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen darf am Sonnabend 4 Stunden nicht überschreiten.
...
9. Es ist eine Verordnung gegen Arbeitslosigkeit zu schaffen. Die Arbeiter sind von Staats wegen gegen Berufsunsfälle zu versichern.

Hus der Industrie

Chemische Industrie

Robstoff- und Kohlenmangel in der chemischen Industrie.

Aus allen Bundesteilen kommen Nachrichten über die sehr ungünstige Lage der chemischen Industrie. In Stettin leiden die Fabriken unter dem Mangel an wichtigen Rohstoffen so, daß baldige größere Arbeiterentlassungen unvermeidbar erscheinen. Der Brennstoffmangel zwingt zu erheblicher Betriebsbeschränkung. In Dresden fehlen z. B. der großen Firma Gebe u. Co. zur Ausübung ihres Betriebes vor allem die ausländischen Rohstoffe. Wägen Kohlenmangels ist der Betrieb schon zwei Wochen lang eingestellt worden. Aus Gotha berichtet, daß alle Arbeiter des Blei- und Farbhengewerbes sofort wieder beschäftigt werden könnten, wenn die erforderliche Menge Blei zur Verfügung stände. Bei den bisher zugewiesenen geringen Mengen kann die Arbeit überhaupt nicht aufgenommen werden. In Chemnitz ist die Ausführung der vorhandenen Aufträge und die Anrechtserhaltung der Betriebe nur mit mehr oder weniger großen Pausen möglich. In Mannheim mußten seit etwa 15. November die Hauptbetriebe wegen Kohlenmangels langsam eingestellt werden. Nur einzelne Betriebe (Schwefelsäureanhydrid, Chlorwasserstoffsäure und Salzsäure) können, da sie im wesentlichen mit Holz unterhalten zu werden vermögen, soweit sie überschüssigen Abdampf und Kraft aus der Maschinenanlage abzunehmen lassen, weitergeführt werden. Die Betriebe stehen zur Wiederaufnahme bereit. An Rohstoffen dürfte ein fühlbarer Mangel nicht bestehen, wenn die Verkehrsverhältnisse nicht verlagern; nur für Ammoniakwasser fällt infolge der Besetzung der Leistung der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik aus. Aufträge für die Produkte liegen in reichem Maße vor.

Wiederaufnahme der Arbeit in der Gummi-Industrie.

Seit dem 1. Dezember 1918 ist allen Gummiabriken wieder gestattet zu arbeiten. Die bis dahin stillgelegt gewesenen Fabriken haben den Betrieb bereits zum Teil wieder aufgenommen. Somit das noch nicht der Fall ist, sind sie mit vorbereitenden Maßnahmen hierfür beschäftigt. Die Gummi-Industrie würde in stärkerem Umfange Absatz für ihre Erzeugnisse finden, da alle Fabriken, Bergwerke, Eisenbahnen, Schiffe dringenden und großen Bedarf zu beden haben. Der Verbrauch der verfügbaren Bestände von Roh- und Mischgummi sowie synthetischem Kautschuk muß aber vorsichtig gesehen, um die Betriebsmöglichkeit bis zum Eintreffen neuer Rohstoffe aufrechtzuerhalten. Die Betriebsaufnahme erfolgt durch den Zentralverein deutscher Kautschukwarenfabriken nach einem festgelegten Verteilungsplan. Die Bestände dürften die Arbeit aller bestehenden Fabriken im jetzigen Umfang höchstens 5 bis 6 Monate gestatten. In Friedenszeiten verarbeitete Gummivulka, Leinen, Lute usw. stehen nur für besondere, dringende wichtige Zwecke zur Verfügung; einzuweisen muß vor allem noch mit Erbsenstoffen gearbeitet werden.

Wucher mit Zündhölzern.

Wir wissen heute zur Genüge, daß der Krieg die denkbar ungeeignetste Veranlassung zur Einführung eines Volkes ist. Die Moral aller am vergangenen Kriege direkt und indirekt Beteiligten hat einen bedenklichen Verlust bekommen. Am schlimmsten ist die Verwilderung im Handelsverkehr zutage getreten. Die eigenen Vorgesetzten haben ihren Opfern, den Käufern, das Blut ansaugen. Diese Erziehung hat ihre ganz bestimmten Gründe, die zu suchen sind in der bestehenden Wirtschaftsordnung. Jeder, der die Möglichkeit hatte, sich zu bereichern und sei es auf Kosten der Gesundheit und des Lebens seiner Mitmenschen, hat es reichlich getan, und hat es noch heute, wenn nicht auf gesetzlichen, dann eben auf ungesetzlichen Wege. Alle Verordnungen und Erlasse waren nicht imstande, das Übel zu beseitigen. Einen interessanten Beitrag zu diesem Thema liefert die Nr. 1 der 'Deutschen Rundschau' vom Januar-Nummer 1919, indem sie über Höchstpreispolitik unter anderem schreibt:

Für den Verkauf von Zündhölzern war eigentlich eine zwingende Notwendigkeit, Höchstpreise festzusetzen, nicht vorhanden, da aber gerade die Zündhölzer die Ware ist, die am meisten geliebt wird. Doppelte und Dreifache des Preises begehrte, der den Preisen ab Fabrik zugrunde lag, so blieb schließlich nichts anderes übrig, als Höchstpreise auch für Zündhölzer festzusetzen. Trotzdem dies geschah, kann man in allen Städten erleben, daß kaum ein Geschäft da ist, in dem zehn Schachteln Zündhölzer unter 75 Pf. verkauft werden, wohl aber müssen nicht selten 1 Mk. und 1.50 Mk. für je 10 Schachteln bezahlt werden. Dabei erhält der Käufer noch wie vor für 10 Schachteln in Originalpackung 40 Pf., während der Zwischenhändler um den dreifachen Preis diese Ware abgeben kann.

Die jahrelange oder jahrhundertlange Erziehung unseres Volkes zu einem Patriotismus, der vorwiegend auf eine oder einige Personen zugeschnitten war, hat nicht vermocht, uns jehalenderen Feindgenossen zu wirklichen Patrioten zu machen. Es fehlte ihnen der eigentliche Patriotismus, die Liebe zu Vaterland und Volk. Sie waren aber der Meinung, die besten Patrioten zu sein, wenn sie nach den Worten: 'Seine Majestät der Kaiser', Hurra brüllten. Und selbst dieser schreibbare Patriotismus ging nur bis an den Selbstent.

Zucker-Industrie

Der Achtstundentag in der Zucker-Industrie.

Schon des öfteren wurde im 'Proletarier' auf die Bekämpfung der Arbeiterschutzbestimmungen durch die Zuckerindustriellen hingewiesen. So auch wieder gelegentlich des Inkrafttretens der achtstündigen Arbeitszeit. Dieser im Verein der deutschen Zuckerindustriellen vorherrschende Geist richtet sich nicht nur gegen die Arbeiter, sondern auch gegen die Beamten. So schreibt 'Die Deutsche Zuckerindustrie' in der Nr. 7 vom 14. Februar 1919:

Die Verordnung vom 23. November 1918 führt den Achtstundentag ein für alle 'gewerblichen Arbeiter', und wo man, wie in der Zuckerindustrie, kontinuierlich arbeiten muß, also mit drei Schichten, hat sich hieraus von selbst die Notwendigkeit ergeben, auch die zugehörigen untergeordneten Aufseher, Köcher und dergleichen nur mehr acht Stunden zu beschäftigen, da sie notwendigerweise mit den betreffenden Arbeitern zusammen bleiben müssen; eine gesetzliche Mäßigung hierzu hielt niemand für vorhanden. Neuerdings wird nun aber auch für höhere technische Beamte eine solche aus dem Gesetze herausgehoben. So hat der Staatssekretär des Demobilisierungsamtes auf Anfrage des Deutschen Industrie- und Handelskongresses geantwortet, daß er auch 'z. B. Werkmeister und Techniker' als 'gewerbliche Arbeiter' ansehe. In dieser Richtung muß umgehend Klarheit geschaffen werden, ganz abgesehen davon, ob der genannte Staatssekretär überhaupt das Recht hat, Gesetze nach eigenem Erachten mit verbindlicher Kraft zu interpretieren. Auf den Gedanken, daß ein 1. oder 2. Maschinenmeister, ein Siebmeister, ein Schichtaufseher, vielleich auch gar ein Abteilungsleiter, Ingenieur oder Chemiker als 'gewerblicher Arbeiter' tätig sei, kann wohl nur der Jurist kommen, bei dem freilich alle Auslegungen stets möglich sind! Jedenfalls ist aber die obige praktisch undurchführbar, denn man kann doch z. B. nicht drei erste Maschinenmeister anstellen, jeden für acht Stunden, u. dgl. mehr - und wie soll da eine Rübenzuckerfabrik überhaupt noch Angestellte schaffen?

Eine baldige amtliche Klarstellung dieser für unsere Industrie sehr wichtigen Frage wäre sehr erwünscht. Zunächst werden sich die betreffenden Angestellten selbst um ihre Rechte wehren müssen. Es ist aber wirklich gar nicht einzu-sehen, weshalb Werkmeister, Techniker und dergleichen schlechter gestellt sein sollen als die Arbeiter. Diese Kategorien haben auch nur eine Arbeitskraft zu verkaufen, und sie tun gut, ihr wertvollstes Bestium nicht zu verschleudern. Man kann es den Angestellten ohne weiteres nachfühlen, daß sie nicht davon erbaut sind, für die Ehre des Beamtentums länger fronden zu sollen als die Arbeiter. Die Betrachtung dieser Frage ist geeignet, bei den Angestellten solidarisches Empfinden mit der Arbeiterschaft auszulösen.

Verschiedene Industrien

Hus der Spielwaren-Industrie.

Im großen und ganzen ist die Spielwarenindustrie sowohl während des Krieges als auch nach dessen Beendigung gimpflich davon gekommen. Verschiedene Fabriken haben während des Krieges Herstellungsanlagen ausgebaut, hauptsächlich solche Umstellungen, die vorher schon auf Holzwaren eingestellt waren. Sonst hat es allerdings sehr oft an Rohmaterialien gefehlt, es ist aber immer wieder gelungen, Ersatzstoffe zu beschaffen. Die Umstellung der kriegswirtschaftlichen Betriebe auf die Friedenswirtschaft hat sich ohne nennenswerte Schwierigkeiten vollzogen, es an Aufträgen kein Mangel herrscht und die Lager geräumt sind. Trotzdem sind in der Spielwarenindustrie auch heute noch recht niedrige Löhne anzutreffen. Wo unser Verband Eingang gefunden hat und wo zugleich die Mehrzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen Mitglied des Verbandes sind, ist es gelungen, wesentliche Lohnerhöhungen zu erreichen. In letzter Linie liegt es also immer wieder an der Arbeiterschaft selbst, sich bessere Lebensbedingungen zu schaffen durch einmütiges und geschlossenes Handeln.

In einer am 2. Februar tagenden Generalversammlung unserer hiesigen Sonnberg hat nun eine rege Aussprache über die Lohnfrage in der Spielwarenindustrie Sonnbergs und Umgebung stattgefunden. Eingeleitet wurde die Aussprache durch ein Referat des Kollegen Brand I über die Tarifbewegung in der Thüringer Spielwarenindustrie. Er führte aus: Das sprichwörtlich bekannte Glend der Spielwarenarbeiter, über das schon so viel geredet und geschrieben worden sei, sollte nicht länger Gegenstand öffentlicher Betrachtungen sein. Alle Kreise, Arbeitgeber, Verleger und Arbeitnehmer sowie die Regierungen müßten nun ernstlich daran denken, darüber zu beraten, wie die Lage der Spielwarenarbeiter gehoben werden kann. Es herrscht tatsächlich große Not in den Familien. Löhne von 25 bis 30 Mk., wie sie zur jetzigen erschreckend kurzen Zeit gezahlt werden, sind keine Seltenheit. Die Revolution hat wenigstens nun einige Wandlung gebracht. Es gibt fast keinen Unternehmer mehr, der seinen Arbeitern das Recht, sich der Gewerkschaft anzuschließen, freitrig macht. Überall, in Dürdorf, Waltershausen und Rodach, ist der Fabrikarbeiterverband bestrebt, eine tarifliche, bessere Entlohnung der Spielwarenarbeiter herbeizuführen. Auch in Sonnberg und in den Heimarbeiterkreisen ist man am Werke, ihre Lage zu verbessern. Es müssen jedoch alle organisiert sein, wenn ein einheitliches Werk geschaffen werden soll. Angenommen, die die Früchte des Verbandes einheimen wollen, müssen jetzt verschwinden, das heißt, sie müssen dem Verbands angehören. Erstalligertweise sind deren nur wenige. Ein guter Organisationsgeist acht durch alle Spielwarenarbeiter. Der Verband der Spielwareninteressenten hat sich bereit erklärt, mit uns zu verhandeln. An der Arbeiterschaft fest es nun selbst, durch festen Antritt und unermüdetes Werben für unsere Sache den Verband zu stärken. Reicher Beifall lohnte keine trefflichen Ausführungen. In der lebhaften Debatte beteiligten sich die Kollegen Bender, Bauer, Frau Bartel, Enja und Knorr. Als mein wurde gewünscht und beschlossen, daß eine rege Arbeiterschaft einsehen soll. Wenn das geschieht, werden die Spielwarenarbeiter auch die Früchte ihrer organisatorischen Tätigkeit genießen können.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Ausführungsvorschrift zur Verordnung über Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter.

Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung veröffentlicht am 4. Februar eine Ausführungsvorschrift, wonach die Verpflichtung der Unternehmer gewerblicher Betriebe, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, betreffs Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer, auch die Rechtsnachfolger der früheren Arbeitgeber und diejenigen Personen trifft, die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch oder § 25 des Handelsgesetzbuchs für deren Verbindlichkeit haften, sofern sie den Betrieb fortführen. Entpflichtendes gilt auch bei einer wesentlichen Rechtsnachfolge oder einem mehrfachen Wechsel der nach den genannten Bestimmungen haftenden Personen. (Siehe auch 'Proletarier' Nr. 6.)

Änderung der Verordnung über Beschäftigung Schwerbeschädigter.

In der Verordnung vom 9. Januar 1919 ('Proletarier' Nr. 5) ist mit Wirkung vom 1. Februar folgende Neuverordnung ergangen: Der § 4 der Verordnung erhält folgenden Zusatz: Die Ueberwachungsstellen können im Benehmen mit den Hauptförderorganisationen der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Ausführung dieser Verordnung, insbesondere des § 2 der Verordnung, Anordnungen treffen. Der § 5 der Verordnung erhält folgenden Zusatz, welcher zwischen Abj. 1 und Abj. 2 als neuer Abj. 2 einzufügen ist:

Eine Kündigung nach Abj. 1 darf frühestens zum 15. März 1919 erfolgen. Ist einem nicht nur vorübergehend beschäftigten Schwerbeschädigten seit dem 14. Januar 1919 zu einem früheren Zeitpunkt als dem 15. März 1919 gekündigt worden, so ist die Kündigung erst zum 15. März 1919 wirksam. In diesem Falle kann der etwa schon entlassene Schwerbeschädigte, sofern er nach Inkrafttreten dieser Verordnung die Beschäftigung bei dem bisherigen Arbeitgeber unverzüglich wieder aufnimmt, für die infolge der Kündigung nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung verlangen, ohne zur Nachleistung verpflichtet zu sein. Der Arbeitgeber kann eine aus Anlaß der Kündigung bewilligte Abfindung zurückfordern.

Arbeitergesundheit und Arbeitsraum.

Der Assistent am Hygienischen Institut der Universität München berichtet in der 'Münchner medizinischen Wochenschrift' über seine Untersuchungen über den Quecksilbergehalt des Harnes von Arbeitern aus einem chemischen Betriebe. Er kommt darin zu der Tatsache, daß fast allgemein Quecksilber, zum Teil in großen Mengen, vorgefunden wurde. Doch interessierten uns die Einzelheiten weniger als der Vergleich, der dann gemacht wird mit den Untersuchungen an Arbeitern in einer tabellos eingerichteten Munitionsfabrik. Diese Arbeiter, die mit der Herstellung und Verarbeitung von Kaliumdichlorber beschäftigt waren, wurden ebenfalls auf Quecksilbergehalt untersucht. Während jene Arbeiter aber fast alle reichlich Quecksilber aufwiesen, hatten diese, die in den hygienischen Arbeitsstätten arbeiteten, zum größten Teile überhaupt kein Quecksilber, und soweit sie davon aufwiesen, war es etwa der dritte Teil wie bei jenen, obwohl die Arbeit an und für sich im wesentlichen die gleiche war. Das zeigt nur zu deutlich die überaus engen Zusammenhänge, wie sie natürlich nicht nur in diesem Falle, sondern in allen Verufen zwischen Arbeitergesundheit und Arbeitsraum bestehen, und wenn sie besser werden sollen, so ist es einzig und allein möglich durch die Kraft eines massvollen Zusammenschlusses, wie wir sie in unserm Verbands haben.

Die Frau und der Gewerkschaftskampf.

Dr. K. Laubenburg hat in 20jähriger ärztlicher Tätigkeit bei den arbeitenden Frauen immer dieselben Beobachtungen gemacht über Unterleibsbeschwerden als Folgen jahrelang fortgesetzter einseitiger Beanspruchung bestimmter Muskel- und Gefäßpartien bei gleichzeitiger einseitiger Nahrungsaufnahme anderer Partien. Besonders schädlich ist die Arbeit im Sitzen sowie übermäßige Belastung durch schweres Tragen und Heben. Wenn der Arbeitgeber derlei fest, wird er sich sicherlich nicht auf lauter Nächstenliebe zu Besserungen, wie Abwechslung der Arbeit, Kürzung der Arbeitszeit usw. entschließen. Da hilft allein die Selbsthilfe durch den gewerkschaftlichen Kampf, den darum auch die Frauen zu führen haben, wenn sie ihre besserungsbedürftige Lage ändern wollen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hielt am 30. Januar in Hamburg eine Sitzung ab.

Anträge auf Entscheidung lagen nicht vor; es wurde lediglich über die Regelung der Teuerungszulagen verhandelt. Nach eingehender Beratung wurde folgender Beschluß gefaßt:

Das Tarifamt erklärt:

Die Beschlüsse des Tarifamtes sind für beide Teile, sowohl für die Genossenschaften wie für die gewerkschaftlich organisierten Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen, verbindlich, soweit dem Tarifamt unterstellte Tarife vorliegen.

Verhandlungen über Abänderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind nur mit den Zentralvorständen der zuständigen Gewerkschaften oder deren Beauftragten zu führen.

Die Genossenschaften sind verpflichtet, Verhandlungen über Abänderung der bestehenden Tarife, die von anderer Seite gefordert werden, abzulehnen.

Wo auf Grund von Verhandlungen mit anderen Körperschaften als den hierzu berechtigten zuständigen Gewerkschaftsvorständen oder deren Beauftragten seitens der Genossenschaften Vereinbarungen getroffen worden sind, erklärt das Tarifamt diese als nicht verbindlich.

Die Genossenschaften sind gehalten, wo durch Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und dem gesamten Gewerbe am Orte besondere Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinbart sind, diese einzuhalten.

Im übrigen werden die heute geltenden Teuerungszulagen erhöht um 20 Prozent bei Vereinen mit 0 bis 15 Prozent Ortszuschlag, um 30 Prozent bei Vereinen mit mehr als 15 Prozent Ortszuschlag.

Auf die sich mit der Teuerungszulage ergebenden Stundenlöhne ist für Ueberstunden an den Werktagen ein Zuschlag von 25 Prozent, für Sonntagsarbeit, so wie sie nach dem Gesetze zulässig ist, ein Zuschlag von 50 Prozent zu bezahlen.

Auf die Leistungsfähigkeit der einzelnen Vereine soll Rücksicht genommen werden; die Vereine sollen ihre etwaigen Ansprüche innerhalb eines Monats durch die Revisionsverbände geltend machen.

Diese Abmachungen gelten vom 1. Jan. bis 30. Juni 1919.

Der gewerkschaftliche Vorsitzende.

ges. H. Dreher.

Der genossenschaftliche Vorsitzende.

ges. H. Lorenz.

Berichte aus den Zahlstellen.

Zur Beachtung an alle, die an die Redaktion schreiben.

- 1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schick es sofort ein.
2. Sei kurz: du sparst die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Beitrag sei: Tatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besondere Namen und Zahlen; lege mehr Punkte als Komma.
4. Schreibe nicht 'gestern' oder 'heute', sondern den Tag oder das Datum.
5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.
6. Die Hauptache: Beschreibe niemals beide Seiten des Blattes. Hundert Seiten, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerhacken und an die Feder verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Verschreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belassung des Redakteurs gestrichen werden muß.
7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

Freitag i. Bzg. Am Sonntag, dem 2. Februar, fand unsere erste Versammlung seit Kriegsende und zu gleicher Zeit unsere Generalversammlung statt, die der Kollege Dambacher als bisheriger Vorsitzender eröffnete. Er gedachte ebendort auf dem Schlachtfelde geklebten Kollegen so eph Würde, Martin Rogler und Anton Jurek; Kollege Rogler stand an einer im Reden sich zugewandten Krankheit. Da der Kaiserer, Kollege Rymmer, am Erscheinen verhindert war, gab Kollege

Eigent einen kurzen Geschäfts- und Kassenbericht. Aus den Vorstandswahlen gingen folgende Kollegen hervor: Dambacher als Vorsitzender, Egerl als Kassierer, Kapp als Schriftführer, Schmiech, Köfelmeyer und Kuhn als Revisoren und Stellvertretende Bevollmächtigte, Gontner, Seiler und Pögl als Kartelldelegierte. Dann wurden noch sieben Kollegen als Kolporteur und Hilfskassierer gewählt, die sich in einzelnen städtischen Bezirken betätigen werden. Von der Einsetzung eines Agitationsaus-

Schiffes wurde vorerst Abstand genommen. Sodann gab der Vorsitzende einen kleinen Rückblick auf die Tätigkeit der Zöglinge seit Bestehen derselben. Lohn- und Arbeitsverbesserungen konnten erzielt werden in der Papierfabrik Flinsch und in Reusstadt sowie in den Südd. Del- und Melanolverken und während des Krieges in der Leinwandfabrik, so daß schon vor und während des Krieges, in so manchem Betrieb, wo die Arbeiter nicht organisiert waren, für diese Vorteile erzielt wurden. Für den Verband kommen folgende Fabriken in Frage: die Papierfabrik Flinsch und Schmitzer, die Pappfabrik Strohm, das Isolatorwerk, die Südd. Del- und Melanolverke, das Kabelwerk, die Stoffpappfabrik, Nähmittel, Kündel-, Zuckerfabrik nebst den Zigaretten. An der Diskussion beteiligten sich Egerl und Kollegin von Reusstadt, die sich dahin äußerten, daß in Reusstadt zu den 122 Mitgliedern der Zelle noch manche hinzugeholt werden könnten. Um die zur Zeit noch miserablen Löhne zu steigern und den Anstehenden zu sichern, ist es notwendig, die Arbeiter und Arbeiterinnen aufzuklären und sie dem Verbande zuzuführen.

Beim 4. Punkt der Tagesordnung gab der Vorsitzende den Bericht der Vorstandswahl und nahm zur Anstellung eines zweiten Generalsekretärs Stellung. Es wurde dem Kollegen Marzoff für seine bisherige ersprießliche Tätigkeit der Dank ausgesprochen und die Notwendigkeit der Anstellung eines zweiten Sekretärs hervorgehoben. Um dies zu ermöglichen, wurde beschloffen, an das Gewerkschaftskartell einen einmaligen Beitrag von 30 Mk. zu bewilligen und außerdem den Quartalsbeitrag um 10 Pf. von Mitglied zu erhöhen. De Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Betrieben sollen jeweils in Betriebsversammlungen besprochen und damit eine Klärung der Verhältnisse verbunden werden. Ein Antrag auf Erhöhung des Monatsbeitrages, der von verschiedenen Kollegen gestellt wurde, wird eine am 16. Februar stattfindende außerordentliche Versammlung beschließen. Die Zelle Reusstadt soll ebenfalls zu diesem Antrag Stellung nehmen. Die allgemeinen Versammlungen sollen sofort jeden ersten Sonntag nachmittags im Lokal Sattler stattfinden.

Kositz. Streik in der Angalt-Werkschiffen Sprengstoff-Fabrik. Im Arbeitsverhältnis kam es am Montag, dem 4. Februar, in der Sprengstoff-Fabrik. Die Ursache hierzu waren Maßnahmen der Werkleitung, die mit den Interessen der Arbeiter nicht im Einklang standen. Der Streik wurde durch die Zurückhaltung der Arbeiter ausgedrückt, daß Arbeiterentlassungen geplant seien und daß die tägliche Arbeit zu sehr ermüdet werden würde, namentlich mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Arbeit und die Verhältnisse der Fabrik. Von der Arbeiterseite wurde die Forderung gestellt, als nächstes amerikanische, weil die Angalt-Werkschiffen Sprengstoff-Fabrik während des Krieges sehr hohe Gewinne erzielt hat. Der Streik löste sich am 10. Februar mit der Genehmigung der Fabrikleitung in Berlin zu verhandeln. Der Streik wurde folgendes Schreiben angeht: In der am 21. Januar im Reichshaus abgehaltenen Betriebsversammlung, in welcher Stellung genommen wurde zu der von Ihnen in der Vorbesprechung gegebenen Forderung, den Verdienst der Arbeiterzeit von 8 auf 6 Stunden und von Entlohnung eines Teiles der Arbeiterzeit, ergibt der Unterzeichnete dem Antrag, Ihnen folgendes mit-

teilen: Es wurde einstimmig der Wunsch geäußert, daß eine Sitzung zur Klärung der Angelegenheit abgehalten werden soll, zu der Herr Generaldirektor Landmann, Berlin, die Verbandsleitung des Fabrikarbeiter-Verbandes, Senjunge des Arbeitervereins Reusdorf und der Arbeiterzeitung der Fabrik eingeladen werden sollen. Von einer Vertagung der Arbeiterzeitung oder Entlassung einzelner der Mitarbeiter der angelegten Sitzung muß abgesehen werden. Die Verhandlungen können sich von der Notwendigkeit dieser Maßnahme nicht lösen.

Die Arbeiterzeitung wurde jedoch von Berlin aus abgelehnt. Durch Aufhebung im Werk wurde am Sonntag die Einführung der Erhö-

hung der Arbeiterzeitung angeordnet, außerdem einen Teil der Arbeiterzeitung ge-

liefert. Der von der Betriebsleitung gewählte Weg ist mit den Gewerkschaften vom 23. Dezember d. J. nicht im Einklang zu bringen, weshalb sich die Betriebsleitung genötigt sah, dem Arbeiterzeitung mit Rücksicht auf die Arbeiterzeitung. Kommt zwischen Ihnen und der Betriebsleitung die Einigung nicht zustande, ist durch die Betriebsleitung ein Ausschuss der Betriebsversammlung zu ernennen, um über die rechtlichen Fragen einen Sachverständigen herbeizuführen. Durch Ihren Ausschuss verlangen die Arbeiter am Montagvormittag die Aufhebung der erlassenen Anordnungen. Am Generaldirektor in Berlin vertritt, daß es bei der Entscheidung der Arbeiter und der Einführung der Erhö-

die Kollegen Hoffmann, Bauer, Hermann Ziegenfelder, Reinhold Kaufmann und Ernst Widlein. Hieraus referierte Kollege Brandel über die Tarifbewegung in der Thüringer Spielwarenindustrie. (Die Ausführungen hierüber sind unter "Verschiedene Produktionen" enthalten.) Mit dem Vorzug, fest und treu zum Verband zu stehen, unermüdet zu wirken für dessen Ausbau und Ausbreitung gingen die Mitglieder auseinander, neubeseelt vom Geiste der Solidarität.

Rundschau.

Die sittliche Idee der Christlichen.

Der deutschen Sozialdemokratie fehlte seither jede große sittliche Idee, so schreibt die "Gewerkschaftsstimme" in Nr. 2 des laufenden Jahrganges. Ob sie diese Schlussfolgerung zieht aus der Tatsache, daß während des Wahlkampfes um die Vertretung in der Nationalversammlung die "christliche" Volkspartei mit den schmutzigen Waffen kämpfte? An Unwahrscheinlichkeit hat diese Partei Großartiges geleistet. Auf große sittliche Ideen läßt diese Kampfmethode nicht schließen. Einen Begriff von sittlichen Ideen bekommt man beim Lesen eines anderen christlichen Organs, der "Peram- und Stein-arbeiter-Zeitung". Da heißt es in Nr. 2:

"Diese Gewerkschaftsarbeit ist ein Kampf des christlichen Geistes der Liebe gegen den unchristlichen Geist der Selbstsucht, der Mammonshereij und der Gewalt, ein Kampf der Gerechtigkeit gegen das Recht des Stärkeren. Die christliche Gewerkschaft verlangt von ihren Anhängern ein Glaubensbekenntnis, weil ein solches für die Erstrebung dieser Ziele nicht notwendig ist."

Auch Juden und selbst Dissidenten sind ihr willkommen, wenn sie ihre Anschauungen innerhalb der Bewegung für sich behalten und bereit sind, in dem vorgeschriebenen Geiste mitzuarbeiten. Es ist doch Christenumsarbeit, die auch sie dann praktisch leisten."

Also auch Juden und Dissidenten sollen gegen den unchristlichen Geist kämpfen. Warum soll der Jude und der Dissident nach dieser Meinung nicht auch von den Christen verlangen, sie möchten doch mit ihm gemeinsam gegen den nichtjüdischen oder gegen den kirchlichen Geist kämpfen.

Gründung eines Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Zu einer am 4. Februar 1919 in Jena abgehaltenen, aus allen Teilen des Reichs ansehnlich besuchten gemeinsamen Tagung der im August 1914 im Kriegsausbruch der deutschen Industrie zusammengeschlossenen Spitzenorganisationen der Industrie, nämlich des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen, ist die Schaffung einer einheitlichen Interessenvertretung der deutschen Industrie beschlossen worden. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

"Die am Dienstag, dem 4. Februar 1919, in Jena zu einer gemeinsamen Tagung versammelten Mitglieder des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen haben beschlossen, die Verbände zu einem Reichsverband der deutschen Industrie" zu vereinigen, der, auf dem Unterbau der sachlich, landwirtschaftlich oder örtlich organisierten Industriegruppen errichtet, sich die Wahrnehmung aller wirtschaftlichen Interessen der deutschen Industrie zur Aufgabe setzt."

Gründung eines süddeutschen Industriezweigverbandes.

Zur besseren Wahrung der Arbeitgeberinteressen innerhalb des süddeutschen Industriezweigverbands im Zusammenhang mit den bestehenden sachlichen und örtlichen Arbeitgeberverbänden wurde nach den Mitteilungen des süddeutschen Industriezweigverbandes mit dem Sitz in Mannheim der Süddeutsche Industriezweigverband gemeinsam vom Verband Südwestdeutscher Industrieller und vom Deutschen Industriezweigverband, Sitz Dresden, gegründet. Der Verband bildet die Fortsetzung der bisherigen Geschäftsmittelgesellschaft süddeutscher Arbeitgeber auf neuer Grundlage und ist ein Teil des deutschen Industriezweigverbandes in Dresden.

Entschädigung Heeresangehöriger bei Nichtausführbarkeit des Berufungsmittels.

Berufte Heeresangehörige mit Familie werden, solange sie nachweislich, z. B. aus Mangel an Wohnungen, Transportmitteln usw. nicht imstande sind, den Umzug auszuführen, am neuen Standort bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Umzug angefaßt ist, wie Kommandierte behandelt. Sie erhalten daher für den ersten Monat volle Tagegelde - ohne Zulage - und für die folgende Zeit Kommandogeld oder - als Beamtete - ermäßigtes Tagegeld. Daneben darf, wenn nachweislich im neuen Standort eine Familienunterstützung eintritt, werden im der Umzug aber nachträglich aus nicht in der Person des Beruften liegenden Gründen nicht ausgeführt werden kann, die Minderentschädigung für die im alten Standort bewohnten Familienmitglieder weiter gezahlt werden. Der Erlaß gilt vom 1. September 1918 an.

Soldatenriefe.

Mit dem 1. Februar haben bekanntlich die Feldpostvergünstigungen, die Heeresangehörige während des Krieges genossen, aufgehört. Mit diesem Tage sind nunmehr wieder die Fortvergünstigungen, wie sie Angehörige des Heeres schon zu Friedenszeiten genossen, in Kraft getreten. Die kommen Mannschaften und Unteroffizieren bis zum Feldwebel zu. Jeder Mannschaft und Unteroffizier bis zu dieser Stellung verbundenen Angehörigen genossen. Diese bis zu 60 Gramm und Postkarten sind kostenlos, Postkarten z. B. bis zu 15 Mk. einschließlich kosten 10 Pf. und Pakete bis 3 Kilogramm 20 Pf. Porto. Die Fortvergünstigungen sind bis zum 31. März d. J. gültig und sind für die Mannschaften, die eigene Angelegenheiten des Empfängers" tragen.

Eingegangene Schriften.

- Für Einführung in die sozialistische Gedankenwelt. Der Führer vieler neuer Mitglieder bringt fortwährend Anfragen nach orientierender Literatur über das Wesen des Sozialismus. Wir empfehlen das Studium folgender Bücher und Broschüren: "Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen", ein Vortrag von Wilhelm Liebknecht (Verlag Rosa Luxemburg, Chemnitz). "Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie", Erklärungen zum Erfurter Programm von Karl Kautsky und Eduard Bernstein ("Vorwärts"-Verlag) oder "Das Erfurter Programm" von Karl Kautsky (Verlag Dietz, Stuttgart); das ist das wesentlichste erwerbsfähige Buch der sozialistischen Bewegung. "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", von Friedrich Engels ("Vorwärts"-Verlag). "Prinzipielles zum Sozialkampf", von Ernst Torgler (Verlag Lehmann u. Co., Chemnitz). "Die soziale Revolution", von Karl Kautsky ("Vorwärts"-Verlag). "Agnes More und seine Utopie", von Karl Kautsky (Verlag Dietz, Stuttgart). "Marxismus und Derwinismus", von Anton Pannekoek (Verlag Leipziger Buchdruckerei U. G.).

Das ist ein kleiner Auszug aus der Fülle der sozialistischen Literatur. Die Mehrzahl der hier genannten Schriften sind billige Broschüren. Sie erschließen das Verständnis für die revolutionäre Bewegung der Gegenwart. Ihr Studium kann allen denen empfohlen werden, die sich über die wirtschaftlichen Triebkräfte des gesellschaftlichen Umbauprozesses Klarheit verschaffen wollen.

Verbandsnachrichten.

Verichtigung.

In dem Gedicht "Es werde", in Nr. 7 des "Proletariats", ist ein sinnentstellender Druckfehler enthalten. Es muß in der ersten Zeile der zweiten Strophe heißen Wort und nicht Wert. Die Redaktion.

Vom 12. Februar 1919 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Hannover 5201,27. Höchst a. M. 1464,64. Welf 400,--. Schornberg 1046,86. Rehm 75,95. Frankfurt a. O. 800,--. Bülow 400,--. Elberverda 226,50. Münsterberg 3,25. Dedeleben 124,75. Bennigsen 24,--. Dorndorf 600,--. Weirauching 16,20. Mühlberg 12 029,68. Wernburg 3000,--. Merseburg 2192,02. Sackfurt 2000,--. Egeln 1300,--. Kottbus 1000,--. Darby 616,05. Erfurt 500,--. Elbisteben 400,--. Frankfurt a. M. 2000,--. Zeit 800,--. Oldenburg 500,--. Gelnhausen 350,--. Lunzrau 317,53. Berlin 32,--. Königberg 26,--. Ebingen 6,50. Bonn 500,--. Paderm 600,--. Freiburg i. Br. 529,15. Nieka 500,50. Hüh 1630,92. Danz 800,--. Neuen 600,--. Aue i. Ergz. 1000,--. Neuring 920,--. Deberan 142,--. Rodach 46,92. Barmen 27,--. Treptow a. d. R. 16,--. Hildesheim 1000,--. Somburg 1265,55. Bendorf 333,84. Andernach 191,40. Goh 103,85. Halle a. S. 3000,--. Gießhörn 3000,--. Wittenberg a. d. E. 2600,--. Freudenwalde a. d. O. 633,75. Jörden 2500,--. Kupperberg 500,--. Sperenberg 600,--. Laryburg 500,--. Schwebdamm 204,71. Bredstedt 1,--.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein: Königberg i. Pr. 9,65. Jysoe 32,80. Schluß: Sonnabend, den 15. Februar, mittags 12 Uhr. Fr. Bruno Käßner.

Die Abrechnung für das 4. Quartal haben eingehend: Darmstadt, Elberverda, Frankend, Kaiserlautern, Reusdorf a. S., Saarbrücken, Freiburg, Somburg, Andernach, Bendorf, Goh, Reifeid, Dobereau, Gamm-Wänden, Lierberg, Rodach, Freudenwalde, Hönningen, Schneidemühl.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielten die Zöglinge: Bromberg, 10 Pf. pro Woche für männliche, 5 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder. Elft, 20 Pf. pro Woche für männliche, 15 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder. Stargard i. Pommern, 5 Pf. pro Woche und Mitglied.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Gau 10 (München). Gauleiter: Adolf Weber, Pestalozzi-straße 40, III. Althausheim. Friedrich Seemuth, Ludwigstraße. Bennigsen. Robert Böhm, Bennigsen Nr. 24. Bodenwerder. Heinz Garre, Alene Straße 190. Bromberg. Robert Wittan, Talstraße 2. Büden (Gau 15). Fritz Lorenzen, Bahnhof. Dedeleben (Gau 2). Friedr. Hanst, Hauptstraße 10. Döbeln i. S. Paul Schreiber, Röhrener Straße 19, part. Dunderstadt (Gau 1). Aug. Borcherts, Gartenstraße 621. Elze i. Hann. Fritz Jünemann, Löwentorstraße 14. Emmerich a. Rhein (Gau 14). Heinz Krensen, Oberhütten bei Emmerich a. Rhein, Hedensfelder Weg 29. Erbsung i. Bre. gau. Wilh. Dambacher, Schiffstr. 17, III. Ganan a. Main. Konrad Koch, Nordstraße 10. Gensfelden (Gau 10). Albert Brumbauer, b. Schreinet Dümmer. Geimbad. Peter Fuchs, Wolf Geimbad bei Reusdorf Nr. 10. Hüben a. d. Aller. W. Goser, Nr. 63. Jümenau i. Thür. Karl Findeisen, Lindenstraße 35. Kamenz b. Dresden. Arno Dienert, Kirchstraße 9. Kattowitz. A. Biola, Schwarzwald, Post Antonienhöhe, Pankelstraße 1. Kositz. Fritz Uthleb. Köslin. Erster Bevollmächtigter: Karl Damerow, Marienstraße 15. Geschäftsführer: Rich. Parsch, Buchwalderstraße 35, I. Kupperberg. Erster Bevollmächtigter: Otto Richter, Weidorf, Weidendorfer Straße 104. Geschäftsführer: Wilh. Pfaff, Weidorf, Weidorf, Weidorfstraße 127. Loh i. Taben. Max Billel, Schützenstraße 16. Lützen. Frau Anna Klinter, Nischenauer Straße 32. Lützen. Joh. Meyerhoff, Nischenauer Straße 13. Merseburg. Philipp Fassoth V, Wormser Straße 13. Miesebesen. Wilh. Becker, Berliner Straße 26. Mladet b. Andernach. Johann Krämer, Döberingstr. 176. Pranis, Ob-Laufz (Gau 6). Paul Rischke, Klein-Pranis, Post Triebus. Regen (Gau 10). Franz Ribler, Wieshof b. Regen. Saarnberg (S.-M.). Erster Bevollmächtigter: Darius Siffa, Erbsungstraße 6. Geschäftsführer: Gottfr. Brandel, Erbsungstraße 6. Schepheim i. Baden (Gau 11). Herm. Ebner, Gartenstraße 3. Straß a. d. Elbe. Herm. Jahn, Webergasse 157. Tarnow. Gau 6. Gustav Berg. Trossberg. Ludwig Mayerhofer, Timmeninger Straße 18. Walsdorf. Frau Gossmann, Dornstraße 230. Wanger. Karl Begler, Jänner Brücke 227. Wargers. Johann Rieger, Schloßhofstraße 12. Wargers. Gau 6. Erster Bevollmächtigter: Franz Kähl, zweiter: Franz Dreile. Die Zelle des Meißner Meißner einen 2. Bevollmächtigten. Der die Stellvertreter führen soll: R. Steiner wird auf einen tüchtigen, reichlich beschäftigten Kollegen, der mindestens 5 Jahre Betriebsmitglied sein muß. Unter einem tüchtigen Lebenslauf sind der Bewegung beizuliegen eine selbstgezeichnete schriftliche Arbeit über: 1. die Aufgaben eines Kassierers, unter Mitwirkung einer selbstgewählten vollständigen Quartalsabrechnung; 2. wie ist die Agitation am erfolgreichsten zu betreiben? Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen des Dresdner Verbandstages. Erwerbungen sind bis zum 9. März zu richten an: Georg Wende, Reichen, Johannstr. 30, II.